

Warum die AfD für die Wissenschaft keine Alternative ist

Eine ausführliche Erklärung des Studierendenrates zu den Nachwirkungen des 12.01. und der Debatte im Landtag

Am 12.01. veranstalteten wir, der Studierendenrat der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, zum Thema „Gender Mainstreaming an der Hochschule – Stand und Potenzial einer Strategie zur Förderung von Chancengerechtigkeit im Bildungssektor“ einen inhaltlich so aktuellen wie forschungsrelevanten Fachvortrag. Dazu hatten wir die zentrale Gleichstellungsbeauftragte der Uni, Frau Dr. Tiefel, eingeladen. Mit dem Vortrag wurde die nötige Basis geschaffen, sich mit der Thematik Gender auseinandersetzen zu können und auch berechtigte Kritik darzulegen. Es wurde klar gemacht, wie wichtig das Verständnis von Chancengerechtigkeit im Bezug auf die Verschiedenheiten der Menschen ist. Damit einher geht die Erkenntnis, dass die Chancen und Voraussetzungen an diese Unterschiede angepasst werden müssen! Im Nachgang dieser Veranstaltung boten wir zudem im Foyer des Gebäudes ein vielfältiges und buntes Informationsprogramm an.

Anlass war eine als wissenschaftlicher Fachvortrag verschleierte parteipolitischen Veranstaltung der Campus Alternative Magdeburg mit dem Thema: „Gender an der Uni?! Gendermainstreaming, der gesellige Zeitvertreib für Leute ohne Probleme. Nur heute!“[1].

Im Nachhinein können wir festhalten:

Der einzige Zweck der Campus Alternative war die Vereinnahmung der Räumlichkeiten einer Universität für die abstrusen, wissenschafts- sowie menschenfeindlichen Ideologien der AfD. Hierbei handelte es sich um einen bewussten Angriff auf die Wissenschaft und die Hochschulen als Institution!

Einmal mehr war es also wichtig und gerechtfertigt, dass wir als Studierendenrat mit dem von uns angebotenen Programm intervenierten und Protestmöglichkeiten anboten. Die Formen des Protestes innerhalb des Hörsaals haben wir nicht vorgeschrieben und gewalttätige Auseinandersetzungen lehnen wir strikt ab. Wir möchten nochmals betonen, dass wir uns mit allen Menschen solidarisch zeigen, die sich gegen die politische Vereinnahmung nationalistischer Ideologien und für eine vielfältige und weltoffene Gesellschaft einsetzen.

Im Folgenden eine Analyse zur aktuellen Debatte im Landtag zum Thema Linksextremismus im politischen Diskurs

Was hinter der AfD steckt haben wir einmal mehr auch am vergangenen Freitag in der aktuellen Debatte „Linksextremismus im politischen Diskurs“ im Landtag gesehen und gehört [2]. Die Debatte wurde von der AfD beantragt, wobei in der Begründung nicht klar ersichtlich wurde, worüber eigentlich debattiert werden sollte. So wurde vom zunehmenden Linksextremismus im politischen Diskurs gesprochen und als Begründung die Geschehnisse um den 12. Januar an der OvGU vorgetragen. Sollten hier also das Thema Linksextremismus debattiert werden, oder ging es der AfD darum die Geschehnisse vom 12. Januar auszuwerten? Diese Frage stellten sich auch einige Mitglieder anderer Fraktionen, sowie Prof. Dr. Willingmann (SPD, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

„Nur, liest man Ihren Antrag, fragt man sich, wovon die Rede sein soll: vom Linksextremismus? Oder nur von diesem einen Ereignis, das konkret benannt wurde, nämlich den unerfreulichen Ausschreitungen am 12. Januar 2017, auf die Sie Bezug genommen und am Schluss auch dargestellt haben? Der Antrag vermengt beides. Die Störung einer Veranstaltung wird pauschal als „zunehmender Linksextremismus“ bezeichnet.“[3]

Innerhalb der Debatte wurde über Meinungsfreiheit und zivilen Ungehorsam, über wissenschaftlichen Diskurs, über die Freiheit von Forschung und Lehre und die politische Vereinnahmung durch Veranstaltungen von Parteien an der Hochschule gesprochen. Uns

Studierenden, die dem Linksextremismus beschuldigt wurden, galten leider zu wenige Worte. Auch die von uns organisierten Formate kamen zu kurz weg. Sehr deutliche Worte uns betreffend fassten jedoch die Fraktionen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und die SPD:

„Ich bin dafür dankbar, dass der Studierendenrat gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Tiefel, mit der Veranstaltung im Vorfeld gezeigt, hat, wie eine offene, faktenbasierte und diskursive Veranstaltung an einer Hochschule ablaufen sollte.“
(Cornelia Lüddemann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) [4]

„Studierende wollen an der Universität ihren Horizont erweitern und ihn nicht von einer Partei wieder zumauern lassen.“
(Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE) [5]

„Ich finde, die Studierenden an der Universität haben diese Lehrstunde sehr ernst genommen, und haben aus zivilem Ungehorsam Ihre [gemeint ist die Veranstaltung der Campus Alternative, Anmerkung Stura] Veranstaltung verhindert. Ich bin dafür sehr dankbar.“
(Dr. Katja Pähle, SPD) [6]

„Sie [die AfD, Anmerkung Stura] wollten die Uni als Bühne instrumentalisieren. Sie haben eine rechtsideologische Parteiveranstaltung an der Uni abhalten wollen und die Studierenden und Angehörigen meiner Alma mater haben sich das nicht gefallen lassen.“
(Dr. Falko Grube, SPD) [7]

Was bedeutet Meinungsfreiheit? Ist ziviler Ungehorsam legitim?

Die AfD appellierte an die Meinungsfreiheit und stellte sich unter deren Schutz. Demnach hätten die Anwesenden im Hörsaal gegen die Meinungsfreiheit verstoßen, mindestens aber die Ausübung dieser gestört. So wurde durch André Poggenburg den Anwesenden vorgeworfen: links bis linksextrem, linksverblendet und außer Kontrolle zu sein, zudem noch mit Gekreische und Affengebrüll die Veranstaltung der Campus Alternative gestört zu haben und sich zusätzlich gewaltbereit verhalten zu haben. Diese Pauschalisierung ist abstrus.

Meinungsfreiheit endet dort, wo die Verletzung des Grundgesetzes anfängt. Die stellte auch Frau Lüddemann klar:

„Aber ich sage auch ganz klar: Meinungsfreiheit endet dort, wo andere Werte des Grundgesetzes missachtet werden, wo andere Werte des Grundgesetzes mit Füßen getreten werden.“ [4]

Ebenso deutlich wurde Herr Dr. Grube:

„Wir haben es schon gehört, die Überschrift war „Gender Mainstreaming - der gesellige Zeitvertreib für Leute ohne Probleme“. Wissen Sie, Meinungsfreiheit setzt Respekt voraus. Und den Respekt lassen Sie nicht nur hier im Hohen Hause vermissen, den haben Sie auch bei der Ankündigung Ihrer Veranstaltung an der Uni vermissen lassen.“ [7]

Auch die Protestform des zivilen Ungehorsams ließ in der Debatte geteilte Meinungen zurück. So forderte die Abgeordnete der CDU, Eva Feußner, dass ziviler Ungehorsam etwas sei, dessen sich ein wehrhafter Rechtsstaat stellen müsse [8]. Frau Bull-Bischoff von DIE LINKE legitimierte hingegen den Protest der im Hörsaal sitzen gebliebenen Menschen mit einem Vergleich zur Herkunft dessen. Ziviler Ungehorsam in Form eines sogenannten „sit in“ komme aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und ist eine Art der Protestform um die streitig gemachten Rechte einzufordern [5]. Die AfD berief sich im übrigen in der Vergangenheit auch auf zivilen Ungehorsam (vgl. erste Plenarsitzung nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, als die AfD geschlossen für eine halbe Stunde die Sitzung verlassen hat). Den zivilen Ungehorsam der

Anwesenden zu verurteilen, jedoch für die eigenen politischen Zweck in Anspruch zu nehmen zeigt deutlich: die AfD fährt einen „Wir gegen Die“-Kurs ohne tatsächlichen politischen Inhalt.

Wissenschaftlicher und politischer Diskurs vs. Freiheit von Forschung und Lehre

Die AfD selbst steht rechts der CDU. Wenn Poggenburg von Linksextremismus spricht, greift er damit die Mitte der Gesellschaft an, unabhängig davon ob grün, links, liberal oder konservativ, also alle Demokrat_innen in der Gesellschaft.

Laut Herrn Poggenburg sind an deutschen Hochschulen politische Diskurse nicht frei möglich, da die Hochschulen in den Händen der „linksextremen Antifa“ seien [9]. Dabei lautet doch Artikel 5 Abs. 3 des Grundgesetzes unmissverständlich: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“. Demnach wäre die Vermutung, Herr Poggenburg bezichtigt nicht nur die Hochschulen der Führung durch eine linksextreme Antifa, sondern vielmehr auch unser Staat müsse unter linksextremer Kontrolle stehen, dass er so etwas zulässt.

Schauen wir auf die Aufgaben der Studierendenschaft nach §65 HSG-LSA:

1. die Meinungsbildung in der Gruppe der Studierenden zu ermöglichen;
2. die Belange ihrer Mitglieder in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen;
3. an der Erfüllung der Aufgaben der Hochschule (§§ 3 und 4) insbesondere durch Stellungnahmen zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen mitzuwirken;
4. auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft ihrer Mitglieder zur aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte zu fördern;
5. kulturelle, fachliche, wirtschaftliche und soziale Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen;
6. die Integration ausländischer Studierender zu fördern;
7. den Studentensport zu fördern;
8. die überregionalen und internationalen Studierendenbeziehungen zu pflegen.

An diese Aufgaben hat sich auch die Campus Alternative zu halten und die Studierenden im Hörsaal 6 haben am 12. Januar ganz klar diese Aufgaben verteidigt. In genau diesem Rahmen der Aufgabenbereiche kann ein politischer Diskurs von uns Studierenden angeboten werden, ohne dabei die Freiheit von Forschung und Lehre zu beschränken. Wie zukünftig bei der Raumvergabe für Veranstaltungen gehandelt werden soll ist zumindest in einer Richtung klar: überwiegend parteipolitische Veranstaltungen in den Räumend der OvGU sind nicht zulässig. Darüber hinaus wird sich die Hochschulleitung gemeinsam mit uns zusammen setzen um künftig die bisher gelebte liberale Praxis bei der Raumvergabe für studentische Initiativen nicht zu stark einzuschränken [10]. Einmal mehr aber wird klar: politische Diskurse an Hochschulen sind erwünscht, jedoch darf es nicht zu einer Vereinnahmung durch eine Partei kommen. Das Format ist entscheidend. Die Campus Alternative hat sich hier durch die AfD als Anmelderin missbrauchen lassen. Wir raten daher der Campus Alternative die Aufgabenbereiche der Studierendenschaft nicht zu verletzen.

AfD zeigt ihr wahres Gesicht!

Ein bedrohliches Ausmaß nahm die Rede von AfD Fraktionschef Poggenburg an. Neben der schon oben aufgeführten Beschuldigungen holte er noch weiter aus:

„Linksextreme Lumpen sollen und müssen von deutschen Hochschulen verbannt und statt eines Studienplatzes lieber praktischer Arbeit zugeführt werden. Dort können diese ihre unverbrauchte Energie direkt in positive Arbeit umsetzen und wir alle dürfen auf dieses Ergebnis sehr gespannt sein.“ [9]

„Nehmen Sie die linksextreme Bedrohung ernst und beteiligen Sie sich an allen möglichen Maßnahmen, um diese Wucherung am deutschen Volkskörper endgültig loszuwerden.“ [9]

Damit bedient sich Poggenburg nicht nur des Duktus von Adolf Hitler, sondern offenbart die menschenfeindlichen Ideologien der AfD! Ebenso zu fordern, Studierenden müsse praktische Arbeit zugeführt werden erinnert sehr stark an Arbeitslager für politischer Gegner. Damit wird auch nur wieder aufgezeigt, was das AfD Programm schon verlauten lässt, dass der Bildungszugang stark eingeschränkt werden solle. Dies ist eine bildungspolitische Forderung, die sich weder mit den Grund- und Menschenrechten noch mit der Wissenschaft vereinbaren lässt.
Weitere Äußerungen aus dem Lager der AfD:

*„Richtig, Gender ist keine Wissenschaft! Gender ist keine Wissenschaft!“
„Wer Veranstaltungen oder Versammlungen stört und versucht, diese zu verhindern, der ist in seinem Handeln ein Extremier und in seinen Methoden ein Nazi. Das sollten Sie [gemeint sind die vermeintlich „links-grün-versifften“ Politiker_innen, Anmerkung Stura] einmal verstehen. Sie sind die Meinungsfaschisten.“
(Tobias Rausch, AfD) [5]*

Die zunehmende Demagogie von AfD-Mitgliedern und Wortneuschöpfungen wie Meinungsfaschismus zeigen einmal mehr, welcher propagandistischer Mittel sich die AfD bedient. Hier stellen wir uns die Frage, wie viel von solchen demokratiefeindlichen Äußerungen eine Demokratie ertragen kann.

Unser Ziel ist es, weiterhin die menschenfeindlichen Ideologien der AfD zu demaskieren. Wir stehen für unsere ausländischen Studierenden ein, sprechen uns für eine vielfältige Gesellschaft aus und werden stets unserer Rolle zum aktiven Eintreten für die Grund- und Menschenrechte gerecht!

Wir können hier nur einen Abriss dessen geben, was wirklich hinter der AfD steckt und fordern die Studierenden auf, sich intensiv damit auseinanderzusetzen. In diesem Jahr stehen die Bundestagswahlen an. Nehmt eure Stimmen wahr und entscheidet wohlüberlegt. Geschichte ist da, um daraus zu lernen und nicht die gleichen Fehler erneut zu begehen!

[1] <https://www.facebook.com/events/1837021586537781>

[2] <http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d0906aad.pdf>

[3] [Transkript Rede Herr Prof. Dr. Willingmann](#)

[4] [Transkript Rede Frau Lüddemann](#)

[5] [Transkript Rede Frau Bull-Bischoff](#)

[6] [Transkript Rede Frau Dr. Pähle](#)

[7] [Transkript Rede Herr Dr. Grube](#)

[8] [Transkript Rede Frau Feußner](#)

[9] [Transkript Rede Herr Poggenburg](#)

[10] <http://www.ovgu.de/rektorat/rektorat/Erklaerung.pdf>